

Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
J. Sachseld,
sämmlich in Posen.

Verantwortlich für den
Anzeigenthail:
J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 161

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 5. März.

1891

Insere
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei H. H. Schell, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiterstr. 17, oder
O. A. Nisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei S. Schaplewski,
in Meseritz bei P. Nalibas,
in Breschen bei J. Jachow
u. b. d. Inserat-Annahmestellen
von G. L. Danke & Co.,
Saasendeln & Pögl, Rudolf Hofe
und „Jugendbank“.

Insere, die schlagzeilige Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung vom 4. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die dritte Lesung der Einkommensteuer-Vorlage wird mit der Spezialberatung fortgesetzt.
Die ersten drei Absätze des § 1 werden unverändert angenommen.

Abatz 4, welcher die Besteuerung der Aktiengesellschaften, Bergwerksvereine und eingetragenen Genossenschaften mit über den Kreis der Mitglieder hinausgehenden Geschäftsbetrieben und besonders noch der Konsumvereine mit offenem Laden auspricht, wird zusammen mit § 16, welcher bei mindestens einjährigem Aktienbesitz die Erstattung des auf das Einkommen entfallenden Anteils der Einkommensteuer auspricht, zur Diskussion gestellt.

Hierzu liegen wieder verschiedene Abänderungsanträge vor, von denen zwei Anträge Wegner (Str.) und Schlaabitz (fr.) die Besteuerung der Konsumvereine mit offenem Laden unter allen Umständen ausprechen wollen, ein Antrag v. Vandemer (L.) nur, sofern dieselben die Rechte juristischer Personen haben.

Ein Antrag v. Jagow (R.) und Gen. will die in zweiter Lesung beschlossene Art der Rückerstattung der Aktienbesteuerung wieder beseitigen und dafür von dieser Steuer 3/4 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals, resp. bei den eingetragenen Genossenschaften die Geschäftsanteile der Mitglieder in Abzug bringen.

Ein Antrag vom Heede (nl.) und Gen. schlägt einen Abzug von 4 statt 3/4 Prozent vor.

Ein Antrag Frhr. v. Zedlitz (fr.) will im Prinzip die Fassung der zweiten Lesung aufrecht erhalten, aber den Nachweis des einjährigen Aktienbesitzes erleichtern, dadurch, daß die Bestimmung, daß dieser Nachweis bei der Veranlagungskommission zu erbringen ist, in deren Bezirk die Aktiengesellschaft ihren Sitz hat, ersetzt wird durch eine andere Bestimmung, daß dieser Nachweis bei der Steuerdeklaration selbst, also vor der eigenen Veranlagungskommission des Deklaranten zu erbringen ist.

Abg. Wegner (Str.) befürwortet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die Erklärung des Regierungskommissars in der zweiten Beratung, nach welcher nur diejenigen Konsumvereine einkommensteuerverpflichtig sein sollten, welche eingetragene Genossenschaften sind. Eine solche Unterabteilung sei absolut nicht gerechtfertigt.

Geb. Rath Wallach bittet, die Anträge Wegner und Schlaabitz abzulehnen. Die Einkommensteuer sei eine Personsteuer, eine nicht eingetragene Genossenschaft sei aber keine Person im Sinne des Gesetzes.

Abg. Frhr. v. Zedlitz bittet um Annahme seines Antrages, der nur bezwecke, den in der zweiten Lesung gefassten Beschluß praktisch auszugestalten. Der Antrag liege im Interesse der kleinen Aktionäre, welche nur ein Formular für eine einzige Veranlagungskommission auszufüllen brauchten, während sie nach den Bestimmungen zweiter Lesung manche Scherereien durch den Nachweis bei verschiedenen Veranlagungskommissionen hätten.

Abg. Schlaabitz (fr.) empfiehlt seinen Antrag mit denselben Gründen wie der Abg. Wegner.

Geb. Rath Wallach wiederholt nochmals seine Erklärungen und bittet, die Anträge abzulehnen.
Abg. Simon (Waldburg, natl.) bezeichnet die Besteuerung der Aktiengesellschaften von volkswirtschaftlichem Standpunkt aus als bedenklich. Wie man auch diese Besteuerung gestalte, sie sei immer eine Doppelbesteuerung. Deshalb sei der Antrag v. Jagow unannehmbar. Redner bittet um Annahme der Beschlüsse zweiter Lesung mit dem Antrag Zedlitz, der noch den gangbarsten Weg bilde.

Abg. Dr. Arendt (fr.) hält die Befürchtungen über die Besteuerung der Aktiengesellschaften für nicht begründet. Wenn 3/4 pCt. abgezogen werden, so sei die Belastung durchaus keine drückende, selbst wenn eine Gesellschaft 10 pCt. Dividende verteilte. Falls die Aktiengesellschaften in der Form der Beschlüsse zweiter Lesung besteuert werden, erklärt Redner für das Gesetz nicht stimmen zu wollen. Der Antrag v. Zedlitz wäre durchaus nicht das Interesse der kleinen Aktionäre, und die Ausführung seines Antrages werde noch genügend Schwierigkeiten machen.

Generalfinanzdirektor Burghart bestritt das Vorliegen einer Doppelbesteuerung, selbst wenn die Aktiengesellschaften voll und ganz zur Steuer herangezogen würden. Nach Abzug von 3 Prozent könne aber von einer Doppelbesteuerung gar nicht die Rede sein. Da das Haus sich aber einmal anders entschieden habe, so beantragte er die Regierung auch mit dem Geboten. Der Antrag Zedlitz bereite der Verwaltung erhebliche Schwierigkeiten, aber er sei nicht unausführbar. Er beseitige vollends jeden Vorwurf der Doppelbesteuerung.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) erklärt sich im Namen des größten Theiles seiner Freunde für die Besteuerung der Konsumvereine. Der Antrag v. Jagow werde gerade der Börse sehr angenehm sein, ein Erfolg, den der Antragsteller doch nicht beabsichtigt habe. Redner fragt an, ob die Forderungen der Aufsichtsräte und Direktoren von dem Gewinne abgezogen werden sollen.

Geb. Rath Wallach bejaht diese Frage.
Abg. v. Jagow (konf.) verteidigt den Antrag seiner Fraktion. Der Antrag v. Zedlitz baue den Antrag Achenbach nicht so aus, daß er den Konsumvereinen annehmbar erscheine; er erschwere der Veranlagungskommission die Geschäfte und schaffe zu verschiedenartigen Verhältnissen; die angebliche Doppelbesteuerung beseitige er doch nicht ganz. Der konservative Antrag habe den Vorzug, daß er ein einheitliches Verfahren schaffe, alle technischen Schwierigkeiten beseitige und die Doppelbesteuerung nur insoweit enthalte, als sie gerechtfertigt erscheine.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung beantragt
Abg. v. Zarlinkski (Pole), daß er in seiner gestrigen Rede mißverstanden worden sei. Er habe nicht erklärt, gegen das ganze Gesetz stimmen zu wollen, sondern seine Freunde wollten für das Gesetz stimmen.

In der Abstimmung wird unter Ablehnung aller übrigen Anträge die Nr. 4 des § 1 mit den Anträgen Vandemer-Schlaabitz angenommen.

Der Antrag vom Heede, über welchen Auszahlung erfolgt, wird mit 178 gegen 119 Stimmen abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird darauf der Antrag v. Jagow mit 184 gegen 160 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen geschlossen Freisinnige und Polen, die National Liberalen außer dem Abg. Knebel, sowie der kleinere Theil des Centrums, und ein Theil der Freiservativen.

Zu § 2, welcher bestimmt, daß Personen mit Einkommen aus Gewerbe- und Handelsanlagen einkommensteuerverpflichtig sind, wird ein Antrag v. Jagow, den Satz zu streichen, nach welchem ausländische Häuser mit preussischen Agenturen unter diese Bestimmung fallen, nach unerheblicher Debatte fast einstimmig angenommen, ebenso § 3 (Steuerbefreiungen).

Zu § 4, welcher nach dem Beschluß der zweiten Lesung die Befreiung des Steuerprivilegiums der Reichsunmittelbaren von einem Entschädigungsgesetz abhängig macht, beantragt

Abg. Frhr. v. Zedlitz die Regierungsvorlage herzustellen, welche das Privilegium vom 1. April 1894 auf jeden Fall beseitigen will.

Abg. Graf Strachwitz (Str.) bestrittet, daß es sich hier um ein privilegium odiosum handle. Es handle sich hier um wohl erworbene Rechte.

Abg. Frhr. v. Zedlitz befürwortet seinen Antrag.

Finanzminister Dr. Miquel bittet ebenfalls um Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Auch bei Annahme der Kommissionsbeschlüsse werde sich die Regierung für verpflichtet halten, das Entschädigungsgesetz möglichst bald einzubringen.

Abg. Richter (fr.) spricht sich unter Berufung auf seine Ausführungen in der zweiten Lesung über die Rechtsgründe gleichfalls für die Regierungsvorlage aus. Er habe seinen Antrag auf die sofortige Aufhebung der Steuerfreiheit der Reichsunmittelbaren nicht wieder eingebracht, weil dieser aussichtslos sei.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.) bittet ebenso um Annahme der Regierungsvorlage, die allein den klaren Weg gebe und die öffentlichen Interessen den Privatinteressen vorantsetze. Was solle nach der Annahme der Kommissionsbeschlüsse geschehen, wenn das Herrenhaus später das Entschädigungsgesetz ablehne?

Abg. Gremer (wildfont.) bittet die Staatsregierung um Annahme der Steuerbefreiung, welche bei Heranziehung der Reichsunmittelbaren zur Steuer herauskommen würden. Die ganze Summe könne doch nicht groß sein.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.) tritt für die Beschlüsse zweiter Lesung ein, die das Einbringen eines Entschädigungsgesetzes erzwingen wolle, während bei der Regierungsvorlage gar keine Garantie gegeben sei, daß die Aufhebung des Privilegiums auch eine Entschädigung zur Folge haben werde.

Finanzminister Dr. Miquel erklärt, die Steuersumme heute noch nicht angeben zu können. Er hoffe, schon in der nächsten Session ein Entschädigungsgesetz einbringen zu können.

Nachdem Abg. v. Huene sich noch für die Beschlüsse zweiter Lesung und Abg. Dr. Enneccerus für die Regierungsvorlage ausgesprochen hat, und der Antrag v. Zedlitz gegen die Stimmen der Freisinnigen, National Liberalen und Freiservativen abgelehnt, und der § 4 in der Fassung der zweiten Lesung angenommen, ebenso § 5.

§ 6 bestimmt, welche Einkommen von der Besteuerung ausgeschlossen bleiben sollen. — Abg. Eberhart will die Steuerbefreiung auch auf die mit Kriegsdekorationen verbundenen Ehrensolde ausdehnen. — Ein Antrag Vieher will das Einkommen steuerpflichtiger Ausländer aus sämtlichen ausländischen Bezugsquellen steuerfrei lassen, während die Steuerbefreiung nach dem Beschluß zweiter Lesung sich auf Einkommen aus ausländischem Grundbesitz und Gewerbebetriebe beschränkt.

Die Abgg. Bachem (Str.) und v. Cynern (nl.) befürworten den Antrag Vieher mit Rücksicht auf die rheinischen Städte, in welchen sich viele Ausländer aufhalten.

Geb. Rath Wallach erklärt, eine Ausnahme für die Ausländer sei nicht zulässig, da diese ebenso wie der preussische Staatsbürger den Schutz des Staates genießen.

Abg. Zelle (fr.) tritt für den Antrag ein. Das im Heimathlande angelegte Kapital der Ausländer genieße nicht den Schutz Preußens, sondern den des Auslandes, deshalb müsse es steuerfrei bleiben.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.) sieht es als ein bedenkliches Privileg der Ausländer an, daß auch ihr bewegliches Vermögen steuerfrei bleiben soll.

Abg. Frhr. v. Loß tritt für den Antrag ein.

Finanzminister Dr. Miquel erklärt, daß der Antrag nicht hierher gehöre. Es handle sich lediglich um rheinische und nicht um allgemeine Staatsangehörigkeit. Der Antrag würde auch nur ein Ansporn für die Ausländer sein, ihr Vermögen in ausländischen Werthen anzulegen. Den Kommunen könnte man ja das Recht geben, die Besteuerung der Ausländer besonders zu regeln.

§ 6 wird darauf unter Ablehnung des Antrages v. Zelle mit dem Antrage Eberhart angenommen.

Bei § 7 (Definition des Einkommens) fragt
Abg. Brömel (fr.) an, ob Einkommen aus Unterstützung steuerpflichtig ist.

Geb. Rath Wallach erklärt, daß eine Steuerpflicht nur vorliegt, wenn die Unterstützung auf einem Vertragsverhältnis über die allgemeine Unterstützungspflicht hinaus beruht. Dann würde aber die entsprechende Summe dem Geber abgezogen.

Die Abgg. Dr. Enneccerus und v. Cynern bemerken, daß diese Erklärung Bedenken hervorrufen müsse, z. B. in dem Falle, daß ein Industrieller seine Tochter an einen Offizier verheirathet, und ihm vertragsmäßig jährlich eine bestimmte Summe gebe. Der Offizier zahle keine Steuern. Sollte denn auch der Schwiegervater diese Summe nicht versteuern?

Der Paragraph wird angenommen.

§ 9 bestimmt, was von dem Einkommen bei der Besteuerung in Abzug zu bringen ist.

Ein freisinniger Antrag Eberth will auch in Abzug bringen die zum Unterhalt der Angehörigen gezahlten Renten und Zuschüsse bis zum Betrage von 1200 M.; — ein anderer Antrag Berling will auch die Schulgelber in Abzug bringen.

Abg. Graf Strachwitz beantragt auch die Beiträge zum Amortisationsfonds sowie sämtliche direkten Steuern in Abzug zu bringen.

Ein Antrag Peters will zu den zur Sicherung des Einkommens verwendeten Ausgaben auch die Deichlasten zurechnen.

Die Debatte wird zunächst über die Punkte 1 und 4 eröffnet. Nachdem Abg. Dr. Peters (natl.) seinen Antrag kurz begründet, vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluss 3 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

80. Sitzung vom 4. März, 12 Uhr.

Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt mit dem Etat der Verwaltung der Eisenbahnen.

Bei Titel 1 der Fortdauernden Ausgaben „Chef der Reichsverwaltung“ bringt

Abg. Brömel (fr.) die Reform der Personen-tarife zur Sprache. In Bezug auf die schlechte Ausnutzung der Personenplätze liefern die Reichseisenbahnen noch erheblich ungünstigere Ergebnisse als die sonstigen deutschen Bahnen. Denn bei ihnen beträgt die Ausnutzung nur 22,55 pCt., während sie auf allen deutschen Staatsbahnen immerhin noch 24,48 pCt. beträgt.

Bei den Reichseisenbahnen gibt es noch viel mehr Ausnahmetarife als bei den anderen Bahnen. Die preussische Staatsbahnverwaltung hat eine Reform der Personentarife in Aussicht genommen, auf 2, 4, 6 Pf. pro Kilometer. Es wäre durchaus geboten, auch für die Reichseisenbahnen zunächst an diese Sätze anzuknüpfen.

Indessen müsse die durch Aufhebung aller bisherigen Vergünstigungen erfolgte Erhöhung der Fahrpreise, z. B. für Retour- und Rundfahrten beseitigt werden. Nur eine Preisermäßigung habe eine Erhöhung des Verkehrs und bessere Ausnutzung des Materials zur Folge und liefere Mehrerträge, möge eine Tarifierhöhung sogar Einnahmeausfälle herbeiführen könne. Aus derselben Erwägung sei auch eine verbilligende Reform des Gepäcktarfs, namentlich des außerordentlich hohen elsass-lothringischen dringend zu wünschen.

Die Reichseisenbahnen nehmen auch in Bezug auf die Ausnutzung der Gepäckwagen die unterste Stufe unter allen deutschen Bahnen ein. Bei den Reichseisenbahnen, welche ein abgeschlossenes Netz bildeten, könnte man am ehesten die Initiative zu einer Reform ergreifen. Hier könnte man auch zuerst von den Kilometertarifen zu den Zonentarifen übergehen, wenn auch zunächst in beschränkter Weise. Ein Tarifabzug von 2 Pf. pro Kilometer für die 3. Klasse würde ja schon wegen der Abrundung ein Zonentarif von 5 zu 5 Kilometer sein. Da könnte man weiter gehen und durch weitere Zonen die Tarife vereinfachen. Der ungünstige Zonentarif habe trotz seiner in Bezug auf Einfachheit viel zu wünschenswerthen Gestaltung doch große Erfolge gezeigt, welche die deutschen Eisenbahnverwaltungen zu einem kühneren Vorgehen wohl veranlassen könnten.

Regierungskommissar Geb. Rath Waderzapp erwidert, daß eine Ermäßigung der Tarife der Reichseisenbahnen schädigend auf die benachbarten badischen und württembergischen Eisenbahnen einwirken könnte. Man müßte die Frage jedenfalls bis nach der Beendigung der Handelsstarifverhandlungen vertagen.

Abg. Dr. Krause (fr.) betont den wesentlichen Vortheil, den selbst der Fiskus aus einer Verbilligung der Tarife habe. Das zeige sogar das schwach bevölkerte, industrielohe Ungarn. Eine Verbilligung des Verkehrs sei um so dringender nöthig, als durch die Eisenbahnverstaatlichung der Ausdehnung des Verkehrs Schranken gesetzt seien. Sowohl praktisch als theoretisch sei der Zonentarif viel richtiger als der Kilometertarif. Die Grundanschauungen bei der Abmessung der Personentarife müßten dieselben sein wie bei den Briefbeförderungstarifen. Die heutigen Tarife beruhten auf einer falschen Unterlage, weil sie nicht im Verhältnis zu den Ausgaben der Eisenbahnen, namentlich bei weitem Entfernungen ständen.

Inzwischen ist ein Antrag Brömel eingegangen, den Reichsfiskus zu ersuchen, bei der bevorstehenden Reform der Personen- und Gepäcktarchive in Elsaß-Lothringen eine durchgreifende Ermäßigung und eine Vereinfachung der Tariffälle herbeizuführen unter Ausschluss jeder Erhöhung der Tariffälle.

Abg. Hug (Str.) bittet, bei einer Ermäßigung der Tarife die Interessen der einzelnen Staaten nicht außer Acht zu lassen. Man dürfe in der Ermäßigung nicht zu weit gehen, wo die Eisenbahnverwaltung eine große Schuld zu verzinsen habe, wie z. B. Baden, dessen Eisenbahneinnahmen nicht einmal zur Verzinsung der Eisenbahnschulden hinreichten.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (fr.) weist ebenfalls auf die zweifellos günstigen Resultate des Zonentarifs in Ungarn hin. Ein Einnahmeausfall solle bei der Tarifierreform ja nicht entstehen, man hoffe aber, daß er wegen der weit größeren Ausnutzung der Wagenplätze nicht entstehen werde. Indessen sei die Sache nicht so einfach. Man müsse Rücksicht nehmen auf die sehr verschiedene Ausnutzung der Personenwagen in den verschiedenen Seasons und Monaten. Man dürfe nicht allein die schwach besetzten Linien und die schlechten Verkehrszeiten in Rechnung ziehen. In den Sommermonaten könne schon jetzt auf einer ganzen Anzahl von Linien der Verkehr kaum mit den vorhandenen Betriebsmitteln bewältigt werden. Wenn der Verkehr hier durch eine weitestgehende Tarif-Ermäßigung noch bedeutend vergrößert werden würde, so würde das außerordentliche Schwierigkeiten zur Folge haben. Zunächst wäre eine ziemlich beträchtliche Vermehrung des Eisenbahnpersonals nöthig, was nicht so schnell und leicht geschehe würde. Es müßten viele eingleisige Bahnen in zweigleisige umgewandelt und viele

Bahnhöfe umgebaut werden. Außerdem werde es an Eisenbahningenieuren mangeln. Alles dieses dürfe man nicht einfach übersehen. Und dann lasse es sich nicht rechnerisch feststellen, wie die Ermäßigung sein müsse, um einen gewissen Prozentsatz der Wagenausnutzung zu erreichen. Wenn der Versuch misslinge, so würde das keinen Vortheil für das Publikum, dagegen eine Herabsetzung der Eisenbahnrente zur Folge haben. Andererseits wieder dürfe die Reform nicht in der Weise erfolgen, daß bestehende Tariffätze eine Erhöhung erfahren. Am leichtesten würde sich eine wesentliche Reform bei den Tarifen für Reisegepäck ermöglichen lassen, welche in Deutschland eine nicht zu rechtfertigende Höhe hätten. Die Selbstkosten der Eisenbahnen seien gerade bei der Beförderung des Reisegepäckes die allergeringsten. Eine Tarifreform sei also sehr wünschenswerth, sie könne unter Verabredung aller deutschen Staaten vorstellig, aber doch entschiedener Weise erfolgen. (Beifall.)

Abg. Graf zu Stolberg (konf.): hält die in Preußen geplante Reform gegenwärtig für ausreichend. Bei den Zonenarifen sei es nicht sicher, ob die Ausgaben nicht höher steigen werden, als die Einnahmen.

Abg. Schrader (dfr.) hält es für wünschenswerth, daß das Reichseisenbahnamt sich gegenüber der wichtigen Tarifreformfrage nicht mehr so platonisch verhalte, wie bisher. Es hindere nichts, daß die Reichseisenbahnverwaltung auch jetzt die Initiative ergreife, und zwar müsse hier das Reichseisenbahnamt vorgehen. Es müsse eine Instanz vorhanden sein, welche die allgemeinen Verkehrsinteressen wahrnehme. Das Reichseisenbahnamt könne, wenn es nach dieser Richtung moralisch einzuwirken suche, wieder erstere Bedeutung erlangen. In Begründung des Antrages Brömel führt Redner sodann aus, daß keineswegs damit beabsichtigt sei, zu schnell vorzugehen, sondern daß man die einem allgemeinen Zonenarifen in einem großen Staate entgegenstehenden Schwierigkeiten wohl anerkenne, namentlich mit Rücksicht darauf, daß vielfach schon jetzt der Verkehr nicht zu bewältigen ist. Nicht mit einem Male soll alles reformirt werden; aber man kann doch auch jetzt schon erheblich viel weiter gehen, wie es Preußen will, besonders hinsichtlich des Gepäckerverkehrs. Noch viel zu wenig hat man sodann den Nahverkehr bei großen Städten verbilligt, der von dem allgemeinsten sozialen Interesse ist. Andererseits wird für die Tarife auf weite Entfernungen eine Herabsetzung unabsehbar sein. Eine Vermehrung des Verkehrs wird bei einer Reform, wie wir sie wünschen, sehr bald dieselben Einnahmen ergeben als das jetzige Tariffsystem.

Geh. Rath Fleck führt aus, daß auch die preussische Eisenbahnverwaltung den Wunsch habe, Tarifserhöhungen bei der Eisenbahnreform auszuschließen, sie hätte aber einen bestimmten Plan seitens der Antragsteller gewünscht, wie eine solche Reform ohne zu große Ausfälle durchzuführen sei.

Abg. Graf Stolberg (konf.) beantragt, über den Antrag Brömel erst in der dritten Lesung abzustimmen, damit man über die Tragweite desselben sich erst klar werde.

Referent Abg. Dr. Hamacher beantragt die Ueberweisung des Antrages Brömel an die Budgetkommission.

Abg. Brömel ist ebenfalls für die Ueberweisung seines Antrages an die Kommission. Dadurch würde das Haus zeigen, daß es zu dieser Frage eine andere Stellung einnehme, als die Vertreter der Regierung, welche sich kurzer Hand ablehnend verhalten hätten. Die Verwaltung müsse das Material liefern und die Untersuchungen anstellen, diese Arbeit könne ihr der einzelne Abgeordnete nicht abnehmen. Die Kompetenz des Reichseisenbahnamtes sei nicht zu bestreiten.

Geh. Rath Fleck erwidert, daß die Regierungen sich ihrer Verpflichtung in dieser Sache die Initiative zu ergreifen, vollkommen bewußt seien, das habe die preussische Regierung bewiesen. Die Kritik der Abgeordneten dürfe aber dann nicht rein negativ sein, sondern sie müßten ihrerseits auch mit Vorschlägen kommen.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Dr. Schulz sagt zu, daß das Reichseisenbahnamt, soweit es verfassungsmäßig zulässig sei, seinen Einfluß auf die Einzelstaaten in dieser Richtung ausüben werde.

Hierauf wird der Titel bewilligt und der Antrag Brömel an die Budgetkommission überwiesen.

Bei Titel 6 „Wohnungszuschüsse“ spricht

Abg. Frhr. v. Bülow (lfr.) die Hoffnung aus, daß das System der Alterszulagen für die Eisenbahnbeamten voll zur Durchführung gelangen werde, und wünscht eine gerechtere Vertheilung der Wohnungsgeldzuschüsse, die jetzt zum Theil den Charakter von Stellenzulagen tragen.

Geheimrath Wackerzapp erwidert, daß die Reichseisenbahnbeamten in Betreff der Wohnungsgeldzuschüsse nirgends schlechter gestellt seien, als die gleich qualifizierten anderen Beamten.

Bei Titel 14, (Hauptkassen- und Bureau-personal) wünscht

Abg. Dr. Höffel (Rp.) eine Vermehrung der etatsmäßigen Bureaubeamten im Verhältnis zu den Diätarien.

Geh. Rath Wackerzapp erwidert, daß das Verhältnis der etatsmäßigen Beamten zu den Diätarien ein günstiges und auch die Wartezeit vor der Anstellung eine niedrige sei. Die Reichseisenbahnverwaltung zeige in dieser Beziehung Entgegenkommen, wo es möglich sei.

Bei Titel 15 (Stations-Strecken und Telegraphenpersonal) wird eine Petition um Aufbesserung des Gehalts der Bahnmeldere der Reichseisenbahnen den verbündeten Regierungen zur Erwägung überwiesen.

Bei Tit. 23 für Erneuerung des Oberbaus bemerkt

Abg. Richter (dfr.): Ich möchte mir die Anfrage erlauben, welche Erfahrungen die Reichseisenbahn-Verwaltung mit dem Schienenkartell gemacht hat. (Ruf: Ah!) Es bestehen dort Bestimmungen, wonach den Werken, welche sich zu einem Kartell vereinigt haben, vorgeschrieben wird, welche Preise sie bei der Submission fordern sollen. Um den Schein einer Konkurrenz zu wahren, werden andere Werke ebenfalls zur Abgabe von Offerten aufgefordert; sie werden aber verpflichtet, höhere Preise zu fordern, als dasjenige Werk, welches an der Reihe ist, die Lieferung zu erhalten. Der Minister v. Maybach hat in der letzten Zeit an belgische oder englische Werke, welche trotz des Schutzzolls die inländischen Werke unterboten hatten, den Zuschlag erteilt und es wäre interessant, zu hören, welche Erfahrungen das Reichseisenbahnamt in dieser Beziehung in letzter Zeit gemacht hat.

Geheimrath Kienel: Bei der ersten Submission wurden 165 Mark verlangt als Mindestforderung. Die Forderung wurde abgelehnt. Darauf wurden 145 M. verlangt, und hierauf einem deutschen Werke der Zuschlag erteilt.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Höhe der Forderungen für die Schienen hat doch ihren Grund auch in der großen Steigerung der Selbstkosten, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, in der Erhöhung der Kohlenpreise und Arbeitslöhne. Der Eisenbahnminister hat ja in einer Herabsetzung der Kohlentarife das Mittel in der Hand, diese Selbstkosten herabzusetzen. Für den Eisenbahnminister würde das ja auch ein Vortheil sein, weil die inländischen Werke außerordentlich gute Kunden von ihm sind.

Abg. Richter (dfr.) Die Kohlenausfuhr wird künstlich durch Ausnahmetarife befördert. Ich will die Ausfuhr eben so wenig künstlich erleichtern, wie die Einfuhr künstlich erschweren. Ich möchte eine genaue Kenntniß über die abgegebenen Offerten auf die Schienen Submission und über die Zuschlagspreise haben, denn billige Schienenverbindung liegt im Interesse der Steuerzahler. Deshalb stelle ich den Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, alljährlich dem Reichstag eine Uebersicht mitzutheilen über die Ergebnisse der von der Reichseisenbahnverwaltung ausgetriebenen

Schienen Submissionen unter Mittheilung der einzelnen Preisofferten des Inlandes und Auslandes, sowie der Zuschlagspreise. Es kommt darauf an, zu prüfen, ob nicht unter dem Schutze der Eisenzölle Werke, welche zu hohe Preise auf den inländischen Markt stellen, im Auslande billiger als im Inlande verkaufen, so daß das Inland vertheuert wird. Das ist die nationale Politik, die Herr v. Kardorff immer empfohlen hat.

Abg. v. Kardorff: Die englischen Werthe machen es genau so wie die deutschen, sie verkaufen an das Ausland billiger als an das Inland. Dem Schutze der nationalen Arbeit ist es zu verdanken, daß der Ruin, dem der Freihandel unsere Eisenindustrie entgegenführte, abgewendet und unsere Arbeiter Arbeit bekommen haben.

Abg. Graf Mirbach (konf.): Diese Fragen sind sehr verschiedenwerthig oder unter Umständen sehr verschiedenartig. (Heiterkeit.) Die Hauptfrage ist die Beschäftigung unserer heimischen Arbeiter. Der Zweck unserer sozialen Gesetzgebung kann nicht erreicht werden, wenn wir die Produkte der ausländischen Arbeit vorziehen. Deshalb darf die Eisenbahnverwaltung nicht ohne zwingenden Grund vom Ausland beziehen.

Abg. Richter: Allerdings sind diese Fragen verschiedenwerthig; ich bin auch der Meinung, „verschiedenwerthig“ ist richtiger als „verschiedenartig“. (Große Heiterkeit.) Aber eben deshalb, weil man diese Fragen nach verschiedenen Richtungen betrachten kann, habe ich diesen Antrag gestellt, um eingehende statistische Mittheilungen darüber zu erhalten. Die Eisenindustrie ist ruiniert durch die ungemessene Gründung neuer Werke in den 70er Jahren, welche weit über den Bedarf hinaus produzierten. Im vorigen Jahr sind 20 Mal mehr Schienen nach dem Auslande geliefert, als aus dem Auslande bezogen wurden, und zwar in Folge der billigen Verkäufe nach dem Auslande. Die Ersparnisse, welche die Bahnverwaltungen bei dem Bezug aus dem Auslande machen können, kommen den Steuerzahlern zu Gute. Die ganze Wirtschaftspolitik begünstigt die ausländischen Eisenbahnen, denn durch die künstliche Verwohlfeuerung des Schienenmaterials für das Ausland bekommt dieses ein dichteres Schienennetz, und dadurch wird die Konkurrenz des Auslandes verstärkt, sowohl auf dem Weltmarkt, wie im Inlande. Es wird also gerade das Gegentheil von dem erreicht, was Sie mit den Schutzzöllen erreichen wollen.

Abg. Graf Stolberg beantragt die Ueberweisung des Antrages Richter an die Budgetkommission. Es sei wünschenswerth, daß solche Anträge nicht so plötzlich eingebracht würden.

Abg. v. Kardorff: Die Ueberproduktion kam daher, weil das Ausland seinen Bedarf bei uns zu decken begann. Die schutzzöllnerische Strömung ist bei uns noch immer siegesgewiß, und nichts kann an sie herankommen. (Zurufe links.)

Abg. Scipio (nl.): Es kommt bei den Schienenlieferungen nicht nur auf Billigkeit, sondern auch auf die Güte des Materials an, darüber können wir hier keine Untersuchungen anstellen. Ich bin gegen den Antrag Richter, und auch gegen den Antrag auf Verweisung desselben an die Kommission. Das, was Herr Richter wissen will, kann er ja schon durch Fragen in der Budgetkommission erfahren.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Es ist ja die Eigenthümlichkeit von Herrn Richter, statistische Mittheilungen zu machen, deren Nichtigkeit man hier im Augenblick nicht widerlegen kann. Daß Deutschland durch den Schutzzoll mehr leide als andere Länder, ist unrichtig. Ein ähnliches Verhältnis in den Preisen wie zwischen Deutschland und dem Auslande besteht auch z. B. zwischen England und Indien, zwischen welchen auch ein indirektes Schutzzollverhältnis besteht. Wie kann man das Verhalten derjenigen Unternehmer, welche in das Ausland ihrer Verkäufe, unmoralisch und frivol nennen! Soll der Arbeitgeber sich etwa lieber ruiniren lassen oder seinen Betrieb einschränken und Tausende von Arbeitern entlassen? Gerade im Interesse der Arbeiter, um die Produktion nicht vermindern zu müssen, liegt jenes Vorgehen der Arbeitgeber, die vielfach sogar mit eigenem Schaden ihren Betrieb aufrechterhalten haben. Redner bezeichnet im Weiteren den Antrag Richter als dekoratives Beiwerk und beruft sich gegenüber den Angriffen auf die Schutzzölle darauf, daß er mit Vertretung der Schutzzölle schon in der Zeit des Freihandels gegen die Regierung erfolgreich vorgegangen sei.

Abg. Richter (dfr.): Ich habe das Vorgehen nicht unmoralisch genannt, ich habe es nur als rücksichtslos bezeichnet und dem öffentlichen Interesse nicht entsprechend, der Ausnutzung der Privatvortheile einiger Industriellen künstliche Stützen in der Gesetzgebung und Verwaltung zu geben. Das ist der Unterschied zwischen mir und Frh. v. Stumm. Wenn einmal von persönlichen Eigenthümlichkeiten gesprochen werden soll, so besteht seine Eigenthümlichkeit darin, daß es ihm besonders schwer wird, zwischen seinen Interessen und dem der Allgemeinheit zu unterscheiden. Die Ueberproduktion in den siebziger Jahren ist nicht durch den Freihandel entstanden. Die neuen Werke sind unter der Herrschaft des Schutzzolles entstanden. Freihandel hat nur von 1876–79 bestanden, und in dieser Zeit sind keine neuen Werke entstanden. Was die Arbeiterfrage betrifft, so hat man damals sich rücksichtslos bemüht, die Arbeiter der Landwirtschaft zu entziehen, und als eine Einschränkung im Betriebe stattfand, hat man die Arbeiter nicht gehalten, sondern sie haben in großen Scharen ihr Brot anderweit suchen müssen. Davon wissen in den östlichen Provinzen die Armenverwaltungen zu erzählen, denen gegenüber der Anspruch auf den Unterstützungswohnitz gerade nach der Verarmung der Arbeiter in Folge des Rückganges der Industrie geltend gemacht wurde. Von einem siegreichen Gefechte des Freiherrn von Stumm mit der Regierung habe ich nie etwas gehört. Ich erinnere mich nur, daß er immer so lange Schlappen erlitten hat, als Fürst Bismarck gegen ihn stand, und daß seine Siege von dem Augenblick an datiren, wo er durch die Autorität des Fürsten Bismarck gestützt wurde. So lange Fürst Bismarck Freihändler auf dem Gebiet der Eisenzölle war, waren die Konservativen auch Freihändler, und als Fürst Bismarck 1876 umschlug, schlugen sie mit um und schlug auch die Gesetzgebung um. Nun meint Herr v. Kardorff mit einer gewissen Miene, als wolle er damit einen Beitrag geben zur letzten Sonnabendrede von Herrn v. Caprivi, er könne ganz siegesgewiß sein, daß gegen die schutzzöllnerischen Interessen nichts anzukommen vermöge. Wenn er damit meinen sollte, daß die Bewegung im Lande so mächtig sei im Sinne des Schutzzolles, so giebt es wohl sehr wenige, die sich darüber täuschen lassen, wie wenig hinter dem großen Getöse des Zentralvereins deutscher Industrieller und der verschiedenen agrarischen Gesellschaften thatsächlich an Mannschaften steht. Wenn Sie aber deshalb glauben, siegesgewiß sein zu können, weil die Regierung zu Ihnen steht, so würde das nur beweisen, daß die Regierung wieder einmal zu anderen Ansichten sich gewandt hat, als sie noch vor Kurzen zu vertreten schien. Das würde vielleicht für Herrn v. Kardorff angenehm sein, aber weniger schmeichlich für die Regierung selbst. Der Wunsch des Herrn v. Stollberg, daß die Möglichkeit gewährt werde, Anträge erst vorher kennen zu lernen, ist ja durchaus gerechtfertigt; bei der Fülle der parlamentarischen Arbeit aber werden wir vielfach gehindert, solche Anträge rechtzeitig einzubringen. Hier verlangt der Antrag eine Statistik, ohne Jemand zu einer Ansicht deshalb zu verpflichten. Wenn man diese Statistik bei einer Frage, die so im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, nicht haben will, so kommt der Verdacht auf, daß man nicht will, daß über Dinge Klarheit verbreitet wird, weil, je größer die Klarheit ist, um so weniger die eigenen Ansichten gegenüber dieser Klarheit bestehen können.

Abg. Bebel (Soz.): Daß die Industriellen lediglich aus Arbeiterfreundlichkeit ihre Anlagen ausdehnen, auch mit eigenem

Schaden, glaubt Herr v. Stumm Niemand, sie haben es stets nur zum Zweck des Verdienens gethan. Das Schutzzollsystem hat nicht zur Hebung des Wohlstandes an sich beigetragen, sondern nur zur Verfertigung der Großkapitalbildung, zur Steigerung der großen Gewinne und zu einer beispiellosen Ringbildung allenthalben, auf Grund deren die Unternehmer Gewinne erzielen, zu denen der Lohn der Arbeiter in keinem Verhältnis steht. Und die Behörden unterstützen dies Auswuchssystem, während sie alle Bestrebungen der Arbeiter auf Besserung ihrer Lage zu unterdrücken suchen. Das ist es, was am meisten Unzufriedenheit erregt. Wir haben keine Veranlassung, den Antrag Richter zurückzuweisen, wir müssen einmal erfahren, welche Preise die Unternehmer hier und da im Auslande nehmen. Mit der Vertretung eines Systems, wie Sie es vertheidigen, gewinnen Sie nicht die Arbeiter. Diese haben davon nicht den geringsten Vortheil, die Unternehmer haben nur ihr eigenes Interesse im Auge.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Der deutsche Arbeiter hat zweifellos Vortheile von der Prosperität der Industrie. Herr Richter hat Unrecht darin, daß ich in der Aera des Freihandels stets Niederlagen erlitten habe. Das Haus ging nirgends weiter, als die Regierung bei Zollermäßigungen, und ich habe sodann gegen die Regierung durchgesetzt, daß die Eisenzölle nicht gleich stückweise, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt einseitig aufgehoben wurden. Es ist unrichtig, daß durch die vermehrte Produktion die Krisis in der Eisenindustrie herbeigeführt wurde. — Wenn Herr Richter gesagt hat, daß ich mein persönliches Interesse mit dem der Gesamtheit verwechsle, so bin ich nur darüber ericaunt, daß die Herren drüben stets der Regierungspresse einen anständigen Ton empfehlen, aber ihn selbst weder in der Presse, noch im Parlament führen.

Abg. v. Kardorff (Rp.) erinnert daran, daß erst kürzlich zwei Drittel des Reichstages sich zu seinen schutzzöllnerischen Anschauungen bekannt haben.

Abg. Richter: Herr v. Stumm hat gesagt, daß ich hier keinen anständigen Ton führe. Ich möchte wissen, ob das jetzt parlamentarisch gestattet ist, zu sagen: In diesem Falle würde ich natürlich auch meinerseits einen anderen Ton anschlagen. (Heiterkeit.) — (Präsident v. Levetzow erklärt, die Aeußerung des Abg. v. Stumm nicht gehört zu haben, er wolle das Stenogramm einsehen.) Herr v. Stumm hat die Geschichte des Eisenzolles ganz falsch dargestellt. Die Eisenzölle sind stückweise aufgehoben worden 1868, 1870, 1873 und 1876 und nach meiner Erinnerung ist Frh. v. Stumm, solange Fürst Bismarck auf der Gegenseite war, unterlegen mit Ausnahme des Falles, daß es ihm 1873 gelang, mit Herrn Hamacher ein Kompromiß herbeizuführen, durch das der Zoll nur theilweise aufgehoben und seine ganze Aufhebung bis 1876 hinausgeschoben wurde. Die Krisis in der Eisenindustrie ist eingetreten durch die Ausdehnung der Werke in den Jahren 1871–73. Wo der Schutzzoll, welcher damals bestand, hat daran Schuld. Die Nachfrage war damals eine außerordentlich große, zum Theil in Folge des großen Metallbedarfs, zum Theil durch den Aufschwung des Verkehrs. Hätte Freihandel bestanden, so würde die Industrie anderer Länder sich an der Befriedigung dieser ungewöhnlichen Nachfrage haben betheiligen können. Der Schutzzoll hat das erwirkt, und nun hat die Fülle der Bestellungen verleiht, die Werke auszudehnen, als ob sie dauernd auf eine solche Nachfrage rechnen könnten. Als in Folge der Krisis von 1873 der Umschlag eintrat, da kamen die Eisenwerke mehr und mehr in Rückgang.

Herr v. Kardorff hat für seine Siegesgewißheit sich auf die große Mehrheit berufen, die meinen Antrag abgelehnt hat. Dieser aber umfaßte außer der stückweisen Ermäßigung der Zölle noch die Aufhebung der Zuckerpatrien und der Viebesgabe für die Branntweinbrenner. Diejenigen, die nicht für diese drei Punkte insgesammt waren, mußten gegen diesen Antrag stimmen, und es ist auch von einigen Rednern in der Debatte erklärt worden, daß sie für den Antrag gestimmt hätten, wenn es sich bloß um die Aufhebung der Getreidezölle gehandelt hätte. Diese Abstimmung beweist also nichts dafür, daß für die Ermäßigung der Getreidezölle keine Mehrheit vorhanden ist (Widerpruch rechts). In demselben Augenblick, wo die Regierung den Antrag auf Ermäßigung der Getreidezölle stellen wird, wird sich dafür eine außerordentlich große Majorität finden (Lebhafter Widerspruch rechts), und in diesem Augenblick wird die Solidarität der agrarischen und industriellen Schutzzöllner durchbrochen (Große Unruhe rechts). Wir haben hier eine Solidarität des Großgrundbesitzes und des Großkapitals zur Vertheuerung des Volkskonsums. Es ist endlich Zeit, daß die Politik einer solchen Interessenwirtschaft durchbrochen wird im Interesse des Allgemeinwohls (Lebhafter Beifall links).

Abg. Frhr. v. Stumm wirft dem Abg. Richter Unklarheit vor, weil er einmal von Aufhebung im Allgemeinen, sodann von stückweiser Aufhebung der Zölle gesprochen habe.

Abg. v. Kardorff konstatirt, daß Abg. Richter die Solidarität der Interessen der Landwirtschaft und der Industrie zugegeben habe. Wegen einer Herabsetzung der Getreidezölle brauche man keine Besorgnisse haben.

Abg. Richter: Wenn Sie die Sache so ruhig ansehen, weshalb erschauern Sie sich? (Heiterkeit.) Kann man einen harmloseren Antrag stellen als von der Regierung verlangen, daß, wenn sie Schienen kauft, sie am Ende des Jahres mittheilt, zu welchen Preisen sie sie gekauft hat? Es beweist aber, für wie wackelig Sie ihr ganzes System halten, wie überaus unheimlich Ihnen zu Muth ist.

Abg. v. Kardorff: In Bezug auf die Solidarität verweise ich auf die bürgerliche Zustimmung, die wir neulich in einer Petition bekommen haben (Lachen links). Der Antrag hat gar keine Bedeutung, denn aus der Statistik können Sie doch nichts erfahren. Die Regierung erfüllt ihre Pflicht, den übertriebenen Forderungen der Eisenindustriellen entgegen zu treten.

Abg. Richter: Genau so wie Herr v. Kardorff, berief sich vor Jahresfrist Herr v. Fischer mit großen Worten auf das Echo, welches solche Ansichten in den Kreisen des Bauernstandes fanden. Dann kam es zur Wahl, und Herr v. Fischer (Mugsburg) wurde nicht mehr gesehen. (Heiterkeit.) Wenn Herr v. Kardorff sich mit Selbstbewußtsein auf den neulich verlesenen bürgerlichen Brief beruft, so frage ich ihn, ob der Verfasser dieses Briefes wirklich ein Rittergutsbesitzer aus seinem Kreise ist, der sich nur, um den Ursprung zu verdecken, maskirt hat, indem er den Satz einflocht: Wer sich auf den Großgrundbesitzer verläßt, der ist verlassen. Wir ist aus seinem Kreise geschrieben worden, es sind meistens Ortschulzen gewesen, die die Kopie für den Brief übernommen haben, und in dem Augenblicke, wo der gnädige Herr Landrath ein anderer sein sollte als Herr v. Kardorff, wäre es mit der Unterstützung seiner Ansicht im Kreise Dels vorbei.

Im Laufe der weiteren Diskussion giebt

Abg. v. Kardorff unter Heiterkeit der Linken zu, daß der Verfasser der Flugschrift ein Rittergutsbesitzer Dr. Seifert wäre. Darauf wird der Antrag Richter der Budgetkommission überwiesen.

Präsident v. Levetzow ruft den Abg. Frhr. v. Stumm nachträglich wegen seiner Aeußerung über den Ton der Freisinnigen im Hause zur Ordnung.

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne Diskussion der Rest des Ordinariums.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr (Fortsetzung der Beratung und Marineetat).

Schluß 5 Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Saalfeld, 4. März. (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der am 28. Februar stattgehabten Reichstags-Wahl im 2. Wahlkreise Saalfeld-Sonneberg entfielen von den abgegebenen 16 404 Stimmen auf den Senator Dr. Friedrich Witte aus Rostock (fr.) 8754 Stimmen. Derselbe ist somit gewählt. Gegenkandidat war der Schneidermeister Paul Reißhaus (Sozialdemokrat) aus Erfurt.

Hamburg, 4. März. In einer heute abgehaltenen Versammlung des Vereins der Feizer und Trimmer wurde mit großer Majorität beschlossen, den Streik aufzugeben, solche Ausständigen jedoch, die nicht alsbald wieder Arbeit finden, noch während der nächsten 14 Tage zu unterstützen.

Bremen, 4. März. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Dhio“, welcher nach Blättermeldungen bei Antwerpen gescheitert sein sollte, ist heute Mittag wohlbehalten auf der Weser angekommen.

München, 4. März. Die „Neuesten Nachrichten“ wenden sich gegen die in Norddeutschland vielfach verbreitete Ansicht, als befände sich Süddeutschland in einer gewissen Fährdung und Niedergeschlagenheit in Folge der Politik der jetzigen Reichsregierung, als sei die nationale Idee im Schwinden und der Partikularismus erhebe sein Haupt. Diese Ansicht sei thatsächlich unrichtig. Ebenfalls wie in wirtschaftlicher Hinsicht herrsche in politischer Beziehung ein Mißtrauen in der Bevölkerung. Wenn jetzt weniger als früher von Reichstreue gesprochen werde, so geschehe dies, weil man von selbstverständlichen Dingen nicht rede. In der großen Masse herrsche volles Vertrauen in die Zukunft.

Wien, 4. März. Im Ganzen sind von den Wahlen in Böhmen bisher die Resultate aus 15 Städten bekannt. Gewählt wurden 8 Deutsch-Liberale, 6 Jungtschechen und 1 Alttscheche. Die Jungtschechen haben den Alttschechen bisher 4 Mandate abgenommen; die Deutsch-Liberalen gewannen Tetschen von den Deutsch-Nationalen. Aus Mähren liegt das Ergebnis aus 6 Städten vor, wo vier Deutsch-Liberale und 2 Alttschechen gewählt wurden. Der Befehlstand hat sich nicht verändert; von den galizischen Stadtwahlen sind drei Ergebnisse bekannt, gewählt wurden 2 konservative Polen und ein demokratischer.

Pest, 4. März. Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident Szapary beantwortete die Interpellation betreffs des Aufenthaltes von Rihilisten in Bulgarien und erklärte offen und aufrichtig sprechen zu wollen. Der Thatsachstand sei folgender: Der Minister des Auswärtigen habe erfahren, daß in Bulgarien sich Rihilisten aufhalten, welche gegen Rußland konspiriert hätten. Dieselben hätten sich bisher meist in Frankreich und der Schweiz aufgehalten, sich von dort in Folge strenger

Maßregeln der Regierungen entfernt und nach Bulgarien begeben, theils in Hoffnung auf eine geringere Kontrolle, theils wegen der Nähe Rußlands. Der Minister des Auswärtigen habe den österreichischen Vertreter in Bulgarien angewiesen, die bulgarische Regierung auf den Aufenthalt einer großen Anzahl solcher Individuen aufmerksam zu machen, von denen mehrere Staatsanstellungen besäßen, was die Annahme herbeiführen könnte, die bulgarische Regierung unterstütze diese Umtriebe. Ähnliches hätten die Geschäftsträger Deutschlands und Italiens erklärt. Die bulgarische Regierung habe gedankt und entschieden dagegen protestiert, daß sie solche Individuen oder deren Umtriebe unterstützen wolle; sie wisse, daß solche Individuen pseudonym und auf Grund gefälschter Urkunden Staatsanstellungen erlangt hätten; sie verfolge deren Thätigkeit aufmerksam; denn für Bulgarien könnte ein anderes Verhalten nachtheilig sein. Dies sei der Sachverhalt. Da ein weiterer Schritt nicht notwendig geworden, sei auch nichts anderes geschehen. Der Ministerpräsident erklärte dieses Verfahren nach seiner Ansicht für richtig, worauf die Antwort von dem Hause zur Kenntnis genommen wurde.

Petersburg, 4. März. Heute wird hier ein Kongreß von Vertretern der Agrarbanken eröffnet, welcher die Frage der Konversion von sechsprozentigen Darlehen in fünfprozentige und dementsprechende Konversion der Pfandbriefe erwägen soll.

Petersburg, 4. März. Eine französische Militärkommission besuchte am Montag Kronstadt und besichtigte verschiedene Marine-Institute, Werkstätten und die Hafenanlagen. Als dann wurde im Marineklub ein Frühstück eingenommen.

Paris, 4. März. Nach einer Depesche des „Temps“ aus Marseille hat die dortige Gesellschaft der Branntweinbrennereien ihre Betriebe eingestellt, da ihr die durch den Maiszoll von 3 Frcs. auferlegten Lasten zu groß wurden. Die Fabriken verarbeiteten täglich 100 000 Kilo Mais und stellten 300 Hektoliter Alkohol her. Die Schließung der Fabriken trifft besonders hart die Landleute der Umgegend, welche die Abfälle des Mais bei der Viehzucht verwandten.

London, 4. März. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ aus Buenos Ayres von gestern, ist die Unterredung zwischen dem Präsidenten der Republik und den Direktoren der Privatbanken, in welcher es sich um deren Beihilfe zur Ordnung der finanziellen Angelegenheiten handelte, resultatlos verlaufen.

London, 4. März. Das Exekutivkomitee des Gewerksvereins der Dockarbeiter beschloß, sich in dem Streite der Vereinigung der Rheder mit dem Seemanns- und Feizerverein passiv zu verhalten.

Nach Meldungen aus Rosario erhielt die dortige Nitrat-

Gesellschaft ein vom 26. Februar datirtes Telegramm von ihrem in Iquique stationirten Agenten, welcher mittheilt, daß Squique seit dem 16. Februar in den Händen der Opposition sei. Die Regierungstruppen hätten die Stadt am 19. erfolglos angegriffen. Fünf Häuserblöcke seien namentlich in Folge des Bombardements niedergebrannt. In fast allen Werkstätten sei wegen Mangels an Lebensmitteln die Nitratproduktion eingestellt worden.

Washington, 4. März. Der Kongreß hat den Gesetzentwurf betreffend den Schutz des Urheberrechtes mit Bestimmungen angenommen, die besagen, daß Jedermann 2 Exemplare eines im Auslande verfaßten Buches unter Zahlung des Zolles einführen könne und daß Zeitungen und Zeitschriften in dem Falle zugelassen werden, daß sie keinen Inhalt haben, dessen Nachdruck untersagt ist. Die Vorlage wird nunmehr dem Präsidenten zur Unterzeichnung überreicht werden.

Berlin, 4. März. In der heutigen Sitzung der medizinischen Gesellschaft betonte Professor Liebreich, daß sein Mittel kein Spezifikum gegen Tuberkulose sei, sondern daß es nur auf entzündliche Vorgänge verschiedener Art einwirken solle. Er hob hervor, daß keine dauernden üblen Folgezustände aus der Verwendung desselben sich ergeben.

Hamburg, 5. März. Den Blättermeldungen gegenüber, nach welchen einige inländische Filialen der Hamburger Zigarrenfabriken die Arbeit eingestellt hätten, wird vom „Hamburgischen Korrespondenten“ mitgetheilt, daß in drei inländischen Filialen, in Herford, Minden und Rehme sich im Ganzen 122 Arbeiter mit den Hamburgern solidarisch erklärten. Die Lücken sind größtentheils wieder besetzt. Die Zahl der von Hamburger Fabrikanten im Inlande beschäftigten Arbeiter ist auf mehrere Tausende angewachsen.

Wien, 5. März. Bisher sind aus 28 böhmischen Städten die Wahlen bekannt; gewählt wurden elf Deutsch-Liberale, ein Deutschnationaler, ein Alttscheche und elf Jungtschechen. Vier Stichwahlen sind erforderlich, darunter in Prag zwischen Nieger (Alttscheche) und Trojan (Jungtscheche). Bei den mährischen Stadtwahlen wurden bisher acht Deutschliberale und drei Alttschechen gewählt. In zehn galizischen Städten wurden nur Polen gewählt.

Rom, 4. März. Kammer. Bei Beantwortung der Interpellationen Ferrari und Lucifero bestätigte der Ministerpräsident seine am 14. v. M. abgegebenen Erklärungen betreffs der auswärtigen Politik; er werde an der bisher verfolgten Politik der Regierung festhalten und beabsichtige nicht, die Tripelallianz, welche eine langjährige Aera des Friedens sichere, zu schwächen oder aufzulösen, die alliierten Mächte wünschten jeden Grund zu Konflikten auszuschließen. Er bedauere, daß ein Zwiespalt in den Beziehungen zwischen Italien und Frankreich, welche freundschaftliche bleiben müßten, entstanden sei, da es unwahr sei, daß die Tripelallianz ein Werkzeug des Krieges sei. Gegenüber der Auslegung des Artikels 5 des Statutes Seitens Ferrari betonte der Ministerpräsident, es sei ein Recht des Königs ohne vorherige Genehmigung der Kammern abzuschließen. Gegenüber den Bemerkungen Sangugleanos versicherte der Ministerpräsident, er würde bestrebt sein, das Gleichgewicht im Mittelmeer aufrechtzuerhalten. Jede Störung der Ruhe würde die Interessen Italiens schädigen. Es liege nichts Bedrohliches vor, obwohl sich in Tripolis einige Zwischenfälle ereignet hätten, denn die französische Regierung habe aus freien Stücken in loyalster Weise Maßregeln getroffen, um einer Wiederkehr ähnlicher Ereignisse vorzubeugen. Was die russische Expedition angehe, so sei dieselbe von der Petersburger geographischen Gesellschaft organisiert; sie bestehe aus vier Personen, werde nach Abessinien gehen und verfolge wissenschaftliche Zwecke, deren Förderung im Interesse Italiens liege. Der Ministerpräsident schloß seine Rede, indem er hervorhob, daß die vornehmlichste Aufgabe die Erzielung finanzieller Erparungen sei; betreffs der auswärtigen Politik erstrebe das Ministerium in Europa den Frieden, in Afrika die Sicherung des Erworbenen.

In der Schlußverhandlung gegen Calzoni und Genossen verneint die Geschworenen die einzige ihnen vorgelegte Frage, ob eine Verschwörung stattgefunden habe. Die Angeklagten wurden sofort auf freien Fuß gesetzt.

Belfort, 5. März. Die Frage wegen Niederlegung der hiesigen Wälle, welche mehrere Jahre ruhte, wird ihre theilweise Lösung dadurch erfahren, daß der Kriegsminister das Geniecorps angewiesen hat, unverzüglich mit der Niederlegung zu beginnen.

Tiflis, 4. März. Die Kortes wurden heute in gemeinsamer Sitzung beider Kammern im Sitzungssaale der Deputiertenkammer unter dem Vorsitz des Präsidenten der Pairskammer eröffnet. Nach der Verlesung des Einberufungsdekrets wurde die Sitzung aufgehoben.

Washington, 4. März. Der Senat beschloß mit entscheidender Majorität die Brüsseler Konvention betreffend die Unterdrückung des Sklavenhandels abzulehnen, da man befürchtet, daß durch kompromittierende Verbindungen private Handelsunternehmungen geschädigt werden könnten.

Handels- und Verkehrsberichte.

Boien, am 4. März. Morgens 2.48 Meter.
= 4 = Mittags 2.48 =
= 5 = Abends 2.48 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fondsbörse.

Frankfurt a. M., 4. März. Effekten - Societät. (Schluß.) Kreditaktien 272¹/₂, Franzosen 218¹/₂, Lombarden 115¹/₂, Galizier 187¹/₂, Ägypter 98.30, 4% ungar. Goldrente 92.80, 1880er Russen —, Gotthardbahn 151.70, Diskonto-Kommandit 207.60, Dresdner Bank 155.50, Laurahütte 127.50, Gelsenkirchen 166.30, Tabaktien —, Neue 3% Reichsanleihe 86.30, Nordd. Lloyd 128.10, Fest-

1. Klasse 184. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 4. März 1891. — 2. Tag Vormittag.
Nur die Gewinne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.)

31 32 188 339 43 469 645 64 799 1267 473 505 603 48 782 841 54
61 942 79 2420 25 62 1500 502 36 62 633 68 85 709 918 61 3001 184
213 64 339 413 508 759 60 84 983 98 4107 64 329 415 73 627 92 735
831 70 917 63 5060 186 209 319 66 74 467 87 625 37 38 929 57 96
4067 152 271 685 86 7078 111 27 51 54 97 388 427 586 678 738 99
8221 96 500 996 9100 43 49 225 77 420 83 573 86 668 (100) 773 898
955 92

10221 (100) 316 83 (100) 87 633 67 807 17 (150) 99 913 29 11008
31 59 107 48 221 336 60 (150) 696 835 12001 66 191 336 82 (100) 88
(100) 409 26 639 741 869 13041 74 90 136 245 330 402 38 521 643 800
11044 232 363 87 425 26 607 41 848 (200) 955 15031 50 (150) 162
368 (100) 86 450 60 543 84 97 617 76 (100) 78 16212 (200) 401 501
629 887 946 17457 501 35 51 69 667 702 (100) 800 77 969 18215 91
418 509 (100) 11 44 685 712 73 922 31 (100) 19012 53 109 207 (100)
94 327 45 86 88 411 15 556 63 625 821 (100) 22 99

20082 162 82 243 80 389 471 91 511 61 722 844 990 21268 89
325 75 77 422 78 (150) 575 800 22015 338 486 534 623 736 88 (100)
22071 300 484 97 520 719 814 58 88 931 24144 72 402 519 53 667
963 72 25080 121 24 44 368 471 524 40 608 893 990 26162 207
(200) 10 25 515 754 824 35 27021 30 38 52 77 104 5 (100) 29 66 274
82 370 541 616 701 (100) 24 40 850 53 999 28061 69 147 236 38 71
709 17 (200) 47 801 53 955 70 29029 94 124 83 84 380 417 50 600
14 730 71

34020 87 230 33 300 22 95 464 580 603 789 827 76 31053 223
(100) 53 325 924 96 32100 245 418 616 18 77 701 18 45 50 33069
187 (100) 225 29 32 82 586 (100) 627 66 71 734 84 832 87 34076 104
19 212 17 (100) 325 409 83 537 736 69 972 35089 379 402 557 68 71
609 25 87 (100) 716 27 951 36073 100 52 230 47 306 417 59 884 90
933 68 74 37011 228 (100) 90 (100) 435 76 562 67 608 20 57 68 723
56 853 38118 322 37 (100) 65 (150) 94 501 674 902 5 19 89 39142
306 79 809 11 953

40022 181 211 18 48 307 423 674 83 808 41050 109 38 (150) 483
581 96 691 795 42159 61 74 216 21 352 63 483 549 816 979 43172
337 483 (150) 534 (100) 672 822 45 962 44061 151 485 56 708 70
814 920 (100) 36 64 (300) 45071 199 269 343 879 961 46123 33 48
466 629 47 766 819 47010 121 26 67 99 287 305 506 753 48020 22
684 (100) 89 773 850 78 908 10 17 49023 66 156 423 548 672 716 29
917 (100)

50088 189 240 95 591 623 95 827 929 37 (150) 51011 109 334 69
561 89 624 836 (150) 950 52072 120 42 56 75 266 374 473 613 49 751
909 53216 685 701 27 28 49 852 55 955 54087 155 337 64 98 492 603
20 64 94 797 55013 36 54 160 62 86 222 36 56 376 551 631 (100) 30
42 46 823 (300) 48 918 56169 200 (100) 618 94 700 (150) 39 94 847 53
957 57134 56 217 23 39 63 444 506 12 42 688 911 58033 171 267 420
506 713 824 938 59104 (100) 13 367 403 54 723 47 866

60024 (100) 176 (100) 229 33 396 773 78 87 804 64 66 61001 4
59 208 333 422 34 (100) 528 42 93 621 (100) 59 64 85 845 58 98 (100)
957 74 93 62025 93 290 392 416 606 72 846 931 63113 59 223 36
381 494 547 75 77 720 845 921 64026 41 101 24 214 (300) 68 317 62
454 (100) 520 45 67 856 80 959 65039 129 72 74 92 267 308 31 426
76 596 718 850 (100) 90 66027 130 78 245 57 342 89 417 562 726
811 17 98 912 43 67066 111 76 730 77 657 (200) 739 43 886 68252
59 348 799 800 52 79 (100) 90 69073 109 21 34 63 241 653 (100) 56
(300) 80 937

70066 68 135 76 352 411 769 838 71012 37 164 97 343 466 538
684 72246 80 81 380 490 513 686 943 77 93 73080 (100) 79 254 71 325
446 58 98 536 704 99 959 74032 37 55 102 374 438 780 874 75006 31
19 (100) 519 708 (150) 80 886 998 76075 335 84 632 49 706 818 87 933
77401 11 635 94 758 946 78018 451 53 84 623 37 707 36 826 918 61 64
79173 277 223 28 (150) 502 664 (30000) 742 896 900 80

80047 91 178 81 (200) 262 323 520 602 964 74 81067 95 314
(100) 59 414 518 96 611 80 785 893 934 82050 81 82 107 62 242 352
84 417 67 (100) 71 756 805 21 42 945 59 83215 (100) 65 (100) 95 631
740 834 904 61 84078 87 163 89 340 488 754 62 99 957 85082 270
(100) 327 438 573 69 81 631 35 40 67 761 68 809 962 86178 84 81
(100) 263 304 (1500) 756 835 94 909 19 46 78 87152 251 319 449 95
658 94 95 832 964 88033 157 220 317 18 26 28 79 428 34 556 84
688 703 56 76 (100) 812 31 89122 253 636 58 740 (100) 42 97 868
79 94 941 53

90363 524 64 678 798 909 91058 66 180 336 476 758 75 91 (100)

Produkten-Markt.

Köln, 4. März. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 20.50 do. fremder loco 22.75, per März 21.25, per Mai 21.60. Roggen hiesiger loco 18.00, fremder loco 20.25, per März 18.55, per Mai 18.45. Hafer hiesiger loco 16.00, fremder 17.00. Rüböl loco 63.00, per Mai 62.70, per Oktober 64.00.

Hamburg, 4. März. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 194-200. Roggen loco fest, mecklenburger loco neuer 178-185, russischer loco ruhig, 132-136. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) fest, loco 60.00. — Spiritus beh., per März 35 1/2 Br., per April-Mai 35 1/2 Br., per Juli-August 36 Br., per September-Oktober 37 Br. — Kaffee fest. Umsatz 2000 Sack. Petroleum ruhig. Standard white loco 6.60 Br., per August-Dezember 6.95 Br. — Wetter: Veränderlich. Nachts Schnee. Frost. Abends Gewitter. Hagel.

Hamburg, 4. März. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 85 1/2, per Mai 83, per September 79, per Dezember 70 1/2. Fest.

Hamburg, 4. März. Zuckermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Vianze, frei am Bord Hamburg per März 13.77 1/2, per Mai 13.77 1/2, per August 13.90, per Oktober 12.75. Stetig.

Bremen, 4. März. Petroleum. (Schlussbericht.) Fest. Standard white loco 6.50 Br.

Alten des Norddeutschen Lloyd 132 1/2 bez.
Pest, 4. März. Produktenmarkt. Weizen loco schleppend, per Frühjahr 8.24 Gd., 8.26 Br., per Mai-Juni 8.13 Gd., 8.15 Br., per Herbst 7.81 Gd., 7.83 Br. Hafer per Frühjahr 6.97 Gd., 6.99 Br., per Herbst 6.22 Gd., 6.24 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6.12 Gd., 6.14 Br. — Kohlraps per August-September 1891 13.95 a 14.00. Wetter: Weich, Sonnenschein.

Paris, 4. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen steigend, per März 28.00, per April 28.00, per Mai-Juni 28.00, per Juli-August 27.90. — Roggen fest, per März 17.70, per April-August 18.20. Mehl steigend, per März 60.30, per April 60.70, per Mai-Juni 61.00, per Juli-August 61.30. Rüböl steigend, per März 70.25, per April 70.75, per Mai-August 72.00, per September-Dezember 74.25. — Spiritus ruhig, per März 39.75, per April 40.00, per Mai-August 40.75, per September-Dezember 39.75. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 4. März. (Schlussbericht.) Rohzucker 888 ruhig, loco 35.50 a 35.75. Weißer Zucker behauptet. Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 37.75, per April 38.00, per Mai-Juni 38.62 1/2, per Oktober-Januar 35.75.

Savre, 4. März. Telegramm der Hamburger Firma Weimann, Ziegler u. Co. Kaffee in New York schloß mit 5 Points Kaufe. Rio 14.000 Sack, Santos 9.000 Sack. Recettes für gestern.

Savre, 4. März. Telegramm der Hamburger Firma Weimann, Ziegler u. Co. Kaffee, good average Santos, per März 107.25, per Mai 105.50, per September 99.50. Fest.

Amsterdam, 4. März. Java-Kaffee good ordinary 61 1/2.

Amsterdam, 4. März. Bancazinn 54 1/2.
Amsterdam, 4. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per März 232, per November 228. — Roggen loco unverändert, do. auf Termine geschäftlos, per März 167 per Mai 162 a 161, per Oktober 149 a 150 a 149 a 148 a 149. — Raps per Frühjahr. — Rüböl loco 33, per Mai 31 1/2, per Herbst 32 1/2.

Antwerpen, 4. März. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 1/2, bez. und Br., per März 16 Br., per April 16 Br., per Mai 16 Br. — Rubia.

Leith, 4. März. Getreidemarkt. Weizen stetig, Mais und Futtergerste framm. Malzgerste gedrückt, Mehl unverändert.

London, 4. März. 6pCt. Japazucker loco 15 1/2 stetig.

Rüben-Rohzucker loco 13 1/2, ruhig. — Wetter:

London, 4. März. Chili-Kupfer 52 1/2, per 3 Monat 52 1/2.

London, 4. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 4760, Gerste 12 900, Hafer 25 300 Qrt.

Sämtliche Getreidearten ruhig. Weizen sehr fest, Mais fest, Mehl und Gerste stetig. Hafer framm, ca. 1/4 lb. theurer.

Liverpool, 4. März. Baumwollmarkt. (Anfangsbericht.) Muth-

maßlicher Umsatz 8000 B. Stetig. Tagesimport 37 000 B.

Liverpool, 4. März. Baumwollmarkt. Umsatz 8 000 Ballen,

dabon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Middl. amerif. Lieferungen: Mai-Juni 4 1/2 d., Käuferpreis, Juni-

Juli 4 1/2 d., do., Juli-August 4 1/2 d., do., August-September 4 1/2 d.,

September-Oktober 4 1/2 d., Verkäuferpreis, Oktober-November 4 1/2 d.,

Käuferpreis.

Glasgow, 4. März. Robeisen. (Schluss.) Mixed numbers

Barren 46 sh. 5 d.

Newyork, 4. März. Waarenbericht. Baumwolle in New-

York 8 1/2, do. in New-Orleans 8 1/2. Raff. Petroleum 70 Proz.

Abel Teit in New-York 7.50 Gd., do. in Philadelphia 7.50 Gd.,

rohes Petroleum in Newyork 7.10, do. Pipe line Certificates per

April 76 1/2. Stetig. Schmalz loco 6.05 do. Rohe u. Brothens

6.35. Zucker (Fair refining Muscovados) 5 1/2. Mais (New) per

April 65 1/2. Rother Winterweizen loco 111 1/2. — Kaffee (Fair

Rio) 19 1/2. Mehl 3 D. 90 C. Getreidefracht 2. — Kupfer per

April nominell. — Weizen per März 109 1/2, per Mai 106,

per Juli 100 1/2. — Kaffee Rio Nr. 7, low ordin. per April 17.62,

per Juli 17.12.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren

betrug 8 100 048 Doll. gegen 4 943 103 Doll. in der Vorwoche.

Newyork, 4. März. Rother Winterweizen per März 1 D.

11 C., per Mai 1 D. 7 1/2 C.

Berlin, 5. März. Wetter: Regen.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 4. März. Die heutige Börse eröffnete in unent-

schiebener Haltung; theilweise war größere Regelmäßigkeit und Festig-

keit zu beobachten, während auf anderen Verkehrsgebieten schwache

Saltung und stilles Geschäft vorherrschte. Im Verlaufe des Ver-

kehrs trat bei großer Zurückhaltung der Spekulation ziemlich all-

gemein Mangel an Kauflust hervor, da aber auch das Angebot

nirgends bringend auftrat, erfuhren die Kurse verhältnismäßig nur

unbedeutende Veränderungen. Der Börsenschluss erschien befriedigend.

Der Kapitalmarkt wies feste Haltung für heimische solide

Anlagen auf bei theilweise besseren Umsätzen; fremde, festen Zins

tragende Papiere waren behauptet und ruhig; russische Anleihe

von 1880 und ungarische 4prozentige Goldrente fest.

Der Privatdiskont wurde mit 2 1/2 Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kredit-

aktien nach schwacher Eröffnung in festerer Haltung mäßig lebhaft

um; Franzosen fester und lebhafter, auch Dux-Bodenbach und

Warschau-Wien geschäftlich mehr beachtet, Schweizerische Bahnen

belebt und steigend.

Inländische Eisenbahnaktien fest und ruhig; Marienburg-

Mawla und Ostpreussische Südbahn etwas besser und lebhafter.

Bankaktien ruhig; die spekultativen Devien schwach; Diskonto-

Kommandit-Antheile unter kleinen Schwankungen ziemlich lebhaft

gehandelt.

Industriepapiere theilweise lebhafter und fester, Montanwerthe

schwächer.

Produkten-Börse.

Berlin, 4. März. An der heutigen Getreidebörse zeigte sich

für Weizen größeres Interesse, und auf stärkere Deckungsfrage

und lebhaftere Umsätze zogen die Preise um 1 M. an. Roggen

bei ruhigerem Geschäft unverändert. Hafer bei kleinen Umsätzen

stetig, Roggenmehl still und unverändert. Rüböl zog bei leb-

haften Umsätzen um 1 M. an. In Spiritus zeigte sich anfänglich

in Folge der berichtigten Produktions- und Lagerziffern eine leb-

hafte Kauflust, welche den Preis per Frühjahr um 1 1/2 M. steigerte.

Zu den erhöhten Preisen kam aber größere Verkaufslust

hervor, so daß ein Theil des Aufschlags wieder verloren ging und

nur ein Gewinn von 89-90 Pf. gegen gestrigen Schluss bestehen blieb.

Weizen (mit Ausschluß von Haubweizen) per 100 Kilo.

lofto höher. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Ründigungs-

preis — Markt. Loto 185-208 M. nach Qualität. Lieferungs-

qualität 204 M., per diesen Monat —, per März-April — bez.,

per April-Mai 207.50-206.75 bez., per Mai-Juni und per Juni-

Juli 206.75-205.75-206 bez., per September-Oktober 195 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loto unverändert. Termine

niedriger. Gefündigt — Tonnen. Ründigungspreis — M. Loto

171-182 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 177 M., inlän-

discher feiner 178-179 bez., guter 176-177, mittel 174-175 ab

Bahn bez., per diesen Monat —, per März-April — bez., per

April-Mai 179.75-180-179.50 bez., per Mai-Juni 177-176.75

bez., per Juni-Juli 175.25-174.50-75 bez., per Juli-August 170

bis 169-25 bez., per September-Oktober 166-25-165.75 bez.

Gerste per 1000 Kilo. Markt. Große und kleine 143-185 M.

nach Qualität. Futtergerste 145-154 M.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loto behauptet. Termine höher.

Gefündigt — Tonnen. Ründigungspreis — M. Loto 148-162 Markt

nach Qualität. Lieferungsqualität 152 M., pommerischer, preussischer

und schlesischer mittel bis guter 149-154, feiner 157-160 ab Bahn

bez., per diesen Monat —, per März-April — bez., per April-Mai

152.50-75 bez., per Mai-Juni 153.50-153.75 bez., per Juni-Juli

154.50-155-154.75 bez., per Juni — bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loto fest. Termine höher. Ge-

fündigt — Tonnen. Ründigungspreis — M. Loto 149-159 M.

nach Qualität, per diesen Monat — M., per April-Mai 141.50

bis 141-25 bez., per Mai-Juni — bez.

Erbisen per 1000 Kilo. Rohware 150-180 M., Futterware

140-144 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sack

Termine still. Gefündigt — Sack. Ründigungspreis — M., per

diesen Monat 25.20 bez., per April-Mai 24.70 bez., per Mai-Juni

24.30 bez., per Juni-Juli 24.10 bez., per Juli-August 23.60 bez.,

per September-Oktober — bez.

Trockene Kartoffelfstärke per 100 Kilo brutto incl. Sack.

Loto 24.00 M.

Feuchte Kartoffelfstärke per März 13.75 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack. Loto

24.00 M.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Faß. Steigend. Gefündigt —

Zentner. Ründigungspreis — M. Loto mit Faß —, loco ohne

Faß —, per diesen Monat 60.7-61 bez., per April-Mai 61.3 bis

61.5 bez., per Mai-Juni 61.5-3-7 bez., per September-Oktober

62.3-7 bez.

Petroleum. Raffinirtes Standard white per 100 Kilo mit

Faß in Fässen von 100 Ltr. — M. Termine still. Gefündigt —

Kilo. Ründigungspreis — M. Loto — M. Per diesen Monat

— M., per September-Oktober — M., per Oktober-November —

M., per November-Dezember — M.

Spirituss mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. a 100

Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Ründi-

gungspreis — Markt. Loto ohne Faß 70.1 bez.

Spirituss mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. a 100

Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Ründi-

gungspreis — M. Loto ohne Faß 50.4 bez.

Spirituss mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. a 100

Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Ründi-

gungspreis — M. Loto mit Faß —, per diesen Monat —

Spirituss mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Unter Schwan-

gungen höher. Gefündigt — Ltr. Ründigungspreis — M. Loto

mit Faß — per diesen Monat — bez., per April-Mai und per Mai-

Juni 50.7-50.80-50-50.3 bez., per Juni-Juli 50.8-50.9-50.1

bis 50.4 bez., per Juli-August 50.9-50.3-50.7-50.6 bez., per

August-September 50.8-50.3-50.3 bez., per September-Oktober

47-47.3-46.9-47.1 bez., per Oktober-November — bez.

Weizenmehl Nr. 00 27.75-26.25, Nr. 0 26.00-24.50 bez.

Seine Marken über Markt bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 25.50-24.50, do. feine Marken

Nr. 0 u. 1 26.50-25.50 bezahlt, Nr. 0 1.50 M. höher als Nr. 0

und 1 per 100 Kilo Br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 25 M. 1 Doll. = 4 1/2 M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 7 fl. österr. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franco oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto Wechsel v. 4.			Brnsch. 20. T. L.			Schw. Hyp.-Pf.			Warsch.-Teres			Reichenb.-Prior.			Pr.-Hyp.-B. (r. 120)			Bauges. Humb.		
Amsterdam	3	8 T. 168,55 G.	3 1/2	101,10 bz	3 1/2	102,50 G.	4 1/2	102,50 G.	5	236,00 G.	5	90,20 G.	5	90,20 G.	5	90,20 G.	5	119,00 G.		
London	3	8 T. 20,37 bz	3 1/2	137,75 G.	3 1/2	94,75 B.	5	94,75 B.	15	178,60 bz	5	101,90 G.	5	101,90 G.	5	101,90 G.	5	73,00 bz G.		
Paris	3	8 T. 80,70 B.	3 1/2	137,75 G.	3 1/2	92,10 bz G.	5	92,10 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	27,00 B.		
Wien	4	8 T. 177,15 bz	3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	89,50 bz G.		
tersburg	5	3 W. 237,60 bz	3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	14,50 G.		
Warschau	5	8 T. 237,90 bz	3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	60,10 bz G.		
in Berlin 3. Lombard 3 1/2 u. 4.			3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	72,00 bz G.		
Geld, Banknoten u. Coupons.			3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	124,00 G.		
20 Francs-Stück			3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	97,50 G.		
Gold-Dollars			3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	149,75 G.		
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.			3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	152,00 G.		
Franz. Not. 100 Fros.			3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	99,50 G.		
Oestr. Noten 100 fl.			3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	99,50 G.		
Russ. Noten 100 R.			3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	99,50 G.		
Deutsche Fonds u. Staatspap.			3 1/2	140,00 B.	3 1/2	92,40 bz G.	5	92,40 bz G.	5	178,60 bz	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	83,30 G.	5	99,50 G.		
Dtsche. R.-Anl.			4	106,50 B.	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz		
do. do.			3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz		
do. do.			3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz		
Frss. cons. Anl.			4	106,50 B.	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz		
do. do.			3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz		
do. do.			3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz		
Sts.-Anl. 1868			4	101,50 G.	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz		
Sts.-Schld.-Sch.			3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz	3 1/2	99,00 bz		
Berl-Stadt-Obl.			3 1/2	97,20 bz G.	3 1/2	97,20 bz G.	3 1/2	97,20 bz G.	3 1/2	97,20 bz G.	3 1/2	97,20 bz G.	3 1/2	97,20 bz G.	3 1/2	97,20 bz G.	3 1/2	97,20 bz G.		
do. do. neue			3 1/2	97,25 bz G.	3 1/2	97,25 bz G.	3 1/2	97,25 bz G.	3 1/2	97,25 bz G.	3 1/2	97,25 bz G.	3 1/2	97,25 bz G.	3 1/2	97,25 bz G.	3 1/2	97,25 bz G.		
Posener Prov.			3 1/2	97,00 bz	3 1/2	97,00 bz	3 1/2	97,00 bz	3 1/2	97,00 bz	3 1/2	97,00 bz	3 1/2	97,00 bz	3 1/2	97,00 bz	3 1/2	97,00 bz		
Anl.-Scheine			3 1/2	95,50 G.	3 1/2	95,50 G.	3 1/2	95,50 G.	3 1/2	95,50 G.	3 1/2	95,50 G.	3 1/2	95,50 G.	3 1/2	95,50 G.	3 1/2	95,50 G.		
Berliner			4 1/2	110,50 G.	4 1/2	110,50 G.	4 1/2	110,50 G.	4 1/2	110,50 G.	4 1/2	110,50 G.	4 1/2	110,50 G.	4 1/2	110,50 G.	4 1/2	110,50 G.		
do. do.			4 1/2	104,50 G.	4 1/2	104,50 G.	4 1/2	104,50 G.	4 1/2	104,50 G.	4 1/2	104,50 G.	4 1/2	104,50 G.	4 1/2	104,50 G.	4 1/2	104,50 G.		
do. do.			4 1/2	97,10 G.	4 1/2	97,10 G.	4 1/2	97,10 G.	4 1/2	97,10 G.	4 1/2	97,10 G.	4 1/2	97,10 G.	4 1/2	97,10 G.	4 1/2	97,10 G.		
Ctrl.-Ldsch			4	97,00 bz	4	97,00 bz	4	97,00 bz	4	97,00 bz	4	97,00 bz	4	97,00 bz	4	97,00 bz	4	97,00 bz		
Kur.-u. Neu-			3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz		
mrk. neue			3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz	3 1/2	97,10 bz		
Ostpreuss			3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.		
Pommern			3 1/2	97,40 bz G.	3 1/2	97,40 bz G.	3 1/2	97,40 bz G.	3 1/2	97,40 bz G.	3 1/2	97,40 bz G.	3 1/2	97,40 bz G.	3 1/2	97,40 bz G.	3 1/2	97,40 bz G.		
do. do.			4	101,90 bz G.	4	101,90 bz G.	4	101,90 bz G.	4	101,90 bz G.	4	101,90 bz G.	4	101,90 bz G.	4	101,90 bz G.	4	101,90 bz G.		
Posensch.			3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.	3 1/2	96,80 G.		
Sohl. altltd.			3 1/2	97,80 G.	3 1/2	97,80 G.	3 1/2	97,80 G.	3 1/2	97,80 G.	3 1/2	97,80 G.	3 1/2	97,80 G.	3 1/2	97,80 G.	3 1/2	97,80 G.		
do. do.			4	97,70 G.	4	97,70 G.	4	97,70 G.	4	97,70 G.	4	97,70 G.	4	97,70 G.	4	97,70 G.	4	97,70 G.		
Idsch.Lt.A.			3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.		
do. do. neu			3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.		
do. do. l. II.			3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.		
Westp. Ritter			3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.		
do. neu. II.			3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.	3 1/2	97,70 G.		
Pommern			4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.		
Posensch.			4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.		
Preuss.			4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.		
Schles.			4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.	4	103,20 G.		
Bayer. Eisenb.-A.			4	97,75 G.	4	97,75 G.	4	97,75 G.	4	97,75 G.	4	97,75 G.	4	97,75 G.	4	97,75 G.	4	97,75 G.		
Brem. A. 1890			3 1/2	97,50 G.	3 1/2	97,50 G.	3 1/2	97,50 G.	3 1/2	97,50 G.	3 1/2	97,50 G.	3 1/2	97,50 G.	3 1/2	97,50 G.	3 1/2	97,50 G.		
Hmb.Sts. Rent.			3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.		
do. do. 1886			3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.		
do. amort. Anl.			3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.	3 1/2	85,75 G.		
Sächs. Sts. Anl.			4	87,80 bz G.	4	87,80 bz G.	4	87,80 bz G.	4	87,80 bz G.	4	87,80 bz G.	4	87,80 bz G.	4	87,80 bz G.	4	87,80 bz G.		
do. Staats-Rnt			3 1/2	87,80 bz G.	3 1/2	87,80 bz G.	3 1/2	87,80 bz G.	3 1/2	87,80 bz G.	3 1/2	87,80 bz G.	3 1/2	87,80 bz G.	3 1/2	87,80 bz G.	3 1/2	87,80 bz G.		
Prss.-Präm.-Anl.			4	171,10 G.	4	171,10 G.	4	171,10 G.	4	171,10 G.	4	171,10 G.	4	171,10 G.	4	171,10 G.	4	171,10 G.		
H.-Pr.-Sch. 40 T.			—	328,00 bz	—	328,00 bz	—	328,00 bz	—	328,00 bz	—	328,00 bz	—	328,00 bz	—	328,00 bz	—	328,00 bz		
Bad Präm.-Anl.			4	141,10 bz	4	141,10 bz	4	141,10 bz	4	141,10 bz	4	141,10 bz	4	141,10 bz	4	141,10 bz	4	141,10 bz		
Sav. Pr.-Anl.			4	140,60 G.	4	140,60 G.	4	140,60 G.	4	140,60 G.	4	140,60 G.	4	140,60 G.	4	140,60 G.	4	140,60 G.		
Argent. Anl.			4 1/2	67,50 bz	4 1/2	67,50 bz	4 1/2	67,50 bz	4 1/2	67,50 bz	4 1/2	67,50 bz	4 1/2	67,50 bz	4 1/2	67,50 bz	4 1/2	67,50 bz		
do. do.			4 1/2	55,25 bz	4 1/2	55,25 bz	4 1/2	55,25 bz	4 1/2	55,25 bz	4 1/2	55,25 bz	4 1/2	55,25 bz	4 1/2	55,25 bz	4 1/2	55,25 bz		
Bukar. Stadt-A.			5	97,70 bz G.	5	97,70 bz G.	5	97,70 bz G.	5	97,70 bz G.	5	97,70 bz G.	5	97,70 bz G.	5	97,70 bz G.	5	97,70 bz G.		
Guen. Air. G.-A.			5	65,60 bz G.	5	65,60 bz G.	5	65,60 bz G.	5	65,60 bz G.	5	65,60 bz G.	5	65,60 bz G.	5	65,60 bz G.	5	65,60 bz G.		
Chines. Anl.			5 1/2	111,00 bz G.	5 1/2	111,00 bz G.	5 1/2	111,00 bz G.	5 1/2	111,00 bz G.	5 1/2	111,00 bz G.	5 1/2	111,00 bz G.	5 1/2	111,00 bz G.	5 1/2	111,00 bz G.		
Dän. Sts.-A. 86.			3 1/2	—	3 1/2	—	3 1/2	—	3 1/2	—	3 1/2	—	3 1/2	—	3 1/2	—	3 1/2	—		
Egypt. Anleihe			3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.		
do. do.			3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.		
do. do. 1890			3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.		
do. Daira-S.			3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.	3 1/2	92,40 G.		